Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/363
01.03.2007

Haushalts- und Finanzausschuss

38. Sitzung (öffentlich)

1. März 2007

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 14:20 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD)

Protokollerstellung: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung 5

1 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und des Landesbesoldungsgesetzes Nordrhein-Westfalen 6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3641

Nach abschließender Beratung mit den zuständigen Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung **beschließt** der Ausschuss einvernehmlich, **kein Votum abzugeben.**

2 Kein Wettbewerb ohne Spielregeln: Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Familienzentren klarstellen! 8

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/3175

Der Ausschuss debattiert über die Inhalte des Antrages.

Seite

Anschließend **lehnt** er den **Antrag Drucksache 14/3175** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen **ab.**

3 Nachhaltige Finanzpolitik - Indikatoren zur Evaluation langfristiger Haushaltsentwicklungen einsetzen 11

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
zum Haushaltsgesetz 2007
Drucksache 14/3590

Nach ausführlicher Diskussion über den Text des Entschließungsantrages und das weitere Vorgehen **beschließt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, am 6. Juni 2007 ein **Expertengespräch** zu dem Thema durchzuführen.

4 Beteiligungsbericht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2005 15

Vorlage 14/889

Der Bericht wird im Rahmen einer Aussprache, in der StS Angelika Marienfeld (FM) auf Fragen der Abgeordneten antwortet, zur Kenntnis genommen.

5 Aktuelle Änderungen im Beihilferecht 18

Vorlage 14/918

Die sich in der Beratung ergebenden Fragen werden von MDgt Werner Brommund (FM) beantwortet.

6 Entwicklung der Personalausgabenbudgetierung in der Landesverwaltung NRW 20

Vorlage 14/764

Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Diskussion zur Kenntnis.

Seite

7 Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Erbschaftsteuer 21

Bericht des Finanzministeriums

StS Angelika Marienfeld (FM) berichtet *(s.* ***Anlage zu TOP 7****)*.

Anschließend ergibt sich eine längere Diskussion über die künftige Erbschaftsbesteuerung. Die Beratungen sollen in einer der nächsten Sitzungen fortgesetzt werden.

8 Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen 26

Vorlagen 14/899 und 14/912

Der Ausschuss nimmt ohne Aussprache von den Vorlagen Kenntnis.

9 Übertragung des Kfz-Steuer-Aufkommens auf den Bund - Ergebnis der Finanzministerkonferenz vom 22.2.2007 27

Bericht des Finanzministeriums

StS Angelika Marienfeld (FM) erstattet Bericht *(s.* ***Anlage zu TOP 9****)*.

In der folgenden kurzen Beratung werden sich daraus ergebende Fragen vom Finanzministerium beantwortet.

10 Verschiedenes 28

11 Organisatorische Maßnahmen und Abläufe in der Finanzverwaltung 29

Bericht des Finanzministeriums

An einen kurzen Bericht schließt sich eine Diskussion an.

*****

1 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und des Landesbesoldungsgesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3641

Vorsitzende Anke Brunn erläutert vorab, dieser Gesetzentwurf sei federführend an den Innenausschuss überwiesen worden. Dieser wolle am 15. März seine Beratungen abschließen, sodass der Haushalts- und Finanzausschuss als mitberatender Ausschuss heute über sein Votum entscheiden müsse.

Gegenstand des Gesetzentwurfs sei erstens die Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Teilnahme der Polizei an der Antiterrordatei und zweitens die Ergänzung des Landesbesoldungsgesetzes, damit der Innenminister die Leistungsbezüge der Professoren an der Deutschen Hochschule der Polizei per Rechtsverordnung regeln könne.

Volkmar Klein (CDU) schlägt vor, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss weiterzugeben, weil die wesentlichen Fragen in dessen Zuständigkeit fielen. - **Gisela Walsken (SPD)** ist einverstanden.

Unabhängig davon stellt **Ewald Groth (GRÜNE)** fest, der Gesetzentwurf gehe seiner Fraktion im ersten Punkt inhaltlich zu weit. - Zum zweiten Punkt wüsste er gerne noch, wie das Innenministerium zu der Einschätzung komme, dass durch die Gesetzesänderung keine Kosten entstünden.

MR Petra Fahrwinkel-Istel (IM) antwortet, es sollten neun Professoren für W3- und W2-Stellen - mit entsprechenden Zulagen - berufen werden. Die Kosten würden vom Bund und von den Ländern gemeinsam getragen.

Auf die Nachfrage von **Ewald Groth (GRÜNE),** ob denn durch die Berufung neuer Professoren wirklich keine zusätzlichen Kosten entstünden, erläutert **MDgt Werner Brommund (FM),** die Veränderungen an der Deutschen Hochschule der Polizei seien wie die Veränderungen an den Hochschulen insgesamt zu sehen: Es gebe einen Vergaberahmen, und innerhalb dieses Rahmens bewegten sich die Professorengehälter.

Die Hochschule werde in der Tat von den Ländern und vom Bund gemeinsam finanziert; die Einzelheiten würden jedes Jahr im Rahmen der Haushaltsverhandlungen neu festgesetzt. Ob sich ein höherer Landeszuschuss ergeben werde, bleibe diesen Beratungen vorbehalten. Vom Grunde her sei die Umstellung auf die W-Besoldung aber erst einmal kostenneutral, weil sie sich innerhalb des Vergaberahmens bewege.

Zum zweiten Punkt des Gesetzentwurfs, der Änderung des Polizeigesetzes, führt **Rüdiger Sagel (GRÜNE)** aus, laut Seite 2 des Gesetzentwurfs seien die Kosten dafür „noch nicht abschließend bezifferbar“. Er wüsste gern, wann man vom Ministerium trag-

fähige Zahlen erwarten könne. Auf dieser Grundlage halte er eine abschließende Beratung nicht für möglich.

ORR Iris Bachetzky (IM) erläutert, personell sei wohl keine Aufstockung erforderlich. Die Kosten für das technische Vorhaben seien noch nicht bezifferbar; allerdings stehe schon fest, dass sie aus dem Polizeihaushalt getragen werden könnten. Die Antiterrordatei solle zum 1. April laufen; sie gehe davon aus, dass unmittelbar danach auch die Kosten zusammengefasst werden könnten.

Diese finanztechnische Transaktion, die im Polizeihaushalt geplant sei, würde **Rüdiger Sagel (GRÜNE)** genauer interessieren. Im HFA, der ja nun einmal für die Kosten zuständig sei, halte er den Gesetzentwurf so nicht für beratungsfähig. Er möchte gerne erläutert bekommen, in welcher Höhe Kosten anfielen, wie diese finanziert würden und wo gegebenenfalls gekürzt werde.

ORR Günter Mertens (IM) sagt zu, das schriftlich zu erläutern. Es handele sich um eine Mischfinanzierung. Es fielen beispielsweise Baukosten und Softwareentwicklungskosten an, die sich nicht als Gesamtkosten irgendwo darstellen ließen, sondern als laufendes Geschäft aus dem Polizeihaushalt finanziert würden.

Vorsitzende Anke Brunn äußert die Bitte, den zugesagten Bericht über die Kostenfolgen möglichst vor der Verabschiedung des Gesetzes zu übermitteln.

> Der **Ausschuss** beschließt einvernehmlich, zu dem Gesetzentwurf kein Votum abzugeben.